

16. Wahlperiode

62. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 19. April 2010

Inhalt Seite Inhalt Seite

Vorlage – zur Beschlussfassung –

**Zustimmung des Landes zu einem Börsengang
der GSW Immobilien GmbH gemäß § 38 der
Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses
(Nr. 9/2010 des Verzeichnisses über
Vermögensgeschäfte)**

Drs 16/3118 5924

Entschließungsantrag

**GSW-Börsengang ist konsequent und richtig!
30 Millionen Euro für den Abbau der
Neuverschuldung nutzen!**

Drs 16/3143 5924

Senator Dr. Ulrich Nußbaum 5924

Dr. Manuel Heide (CDU) 5926

Michael Müller (SPD) 5928

Joachim Esser (Grüne) 5930

Jutta Matuschek (Linksfraktion) 5932

Christoph Meyer (FDP) 5935

Abstimmungsliste 5938, 5939

Beschluss 5940

Präsident Walter Momper eröffnet die Sitzung um 16.01 Uhr.

Präsident Walter Momper:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 62. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin. Ich begrüße Sie, unsere Gäste, die Zuschauer und die Medienvertreter ganz herzlich. Mit Schreiben vom 1. April 2010 hat der Senat gemäß Artikel 42 Satz 2 der Verfassung von Berlin eine Sitzung beantragt. Gemäß § 56 Abs. 1 und 2 unserer Geschäftsordnung habe ich daraufhin zu der heutigen Sitzung eingeladen.

Als einzigen Tagesordnungspunkt rufe ich auf

ld. Nr. 1:

Vorlage – zur Beschlussfassung –

Zustimmung des Landes zu einem Börsengang der GSW Immobilien GmbH gemäß § 38 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses (Nr. 9/2010 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte)

Beschlussempfehlung Haupt Drs 16/3142

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs 16/3118

Entschließungsantrag

**GSW-Börsengang ist konsequent und richtig!
30 Millionen Euro für den Abbau der Neuverschuldung nutzen!**

Antrag der Fraktion der FDP Drs 16/3143

Ich habe die Vorlage vorab dem Hauptausschuss überwiesen und gehe von Ihrer nachträglichen Zustimmung aus. Widerspruch dazu höre ich nicht. Dann ist das so.

Der Finanzsenator hat das Vermögensgeschäft für öffentlich erklärt, so dass auch die Beratung über die Vorlage öffentlich erfolgen kann. – Zu Beginn erhält der Senat das Wort zu einer Begründung der Vorlage. – Bitte sehr, Herr Senator Dr. Nußbaum!

Senator Dr. Ulrich Nußbaum (Senatsverwaltung für Finanzen):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wohnen ist ein Grundrecht. Berlin als soziale Stadt kümmert sich darum. Wir haben viel dafür getan, dass Wohnraum bezahlbar bleibt, Mietpreistreiberei nicht stattfindet und der ökologische Wandel in der Stadt sozial gestaltet wird. Wir sind damit sehr erfolgreich. In keiner Großstadt der Republik ist Wohnraum so preiswert wie in Berlin.

Mit unseren sechs Wohnungsbaugesellschaften haben wir eine sehr große Marktmacht. Wir halten ungefähr 260 000 Wohnungen im kommunalen Eigentum. Ungefähr jede siebente Wohnung in Berlin gehört dem Land. Dafür haben wir die Verantwortung. Damit ist nicht nur sichergestellt, dass es eine professionelle und mieterge-

rechte Verwaltung gibt, sondern dadurch, dass permanent gute und günstige Wohnungen am Markt vorhanden sind, können private Vermieter keine „Mondpreise“ verlangen. Wir haben eine Kappungsgrenze in Großsiedlungen, die bei 5,35 Euro liegt, und eine Obergrenze für Sozialwohnungen in einfacher oder mittlerer Lage in Höhe von 5,75 Euro.

Ein wichtiges Instrument, um den Berlinerinnen und Berlinern das Zahlen der Miete zu erleichtern, ist das Wohngeld, das unter sozialdemokratischer Führung erheblich ausgeweitet wurde. Im Jahr 2008 wurden noch ca. 26,6 Millionen Euro ausgezahlt. Dieses Jahr rechnen wir mit 46,3 Millionen Euro. Tendenz steigend! Darüber hinaus bekommen Hartz-IV-Empfänger jedes Jahr über 1,4 Milliarden Euro an Kosten der Unterkunft und Heizung erstatten. Der Senat weiß ganz genau, wie wichtig die Förderung von qualitativ hochwertigem, ökologisch saniertem, bezahlbarem Wohnraum für die Berlinerinnen und Berliner ist. Wir kommen auch in schwieriger Haushaltslage unserer Verantwortung nach.

Der Verkauf der größten städtischen Wohnungsbaugesellschaft GSW im Jahr 2004 mit damals knapp 70 000 Wohnungen für 401 Millionen Euro geschah in einer Zeit, in der sich Berlin auf den Weg zum Bundesverfassungsgericht gemacht hat, um wegen der extremen Haushaltsnotlage Unterstützung einzufordern. Wie Sie wissen, war das nicht erfolgreich. Unter anderem wurde Berlin vom Bundesverfassungsgericht vorgehalten, wir hätten nicht genügend Vermögen verkauft. Ich möchte aus heutiger Sicht nicht darüber spekulieren, ob es damals besser gewesen wäre, die GSW zu behalten und nicht zu verkaufen. Tatsache ist, dass man sie verkauft hat. Die GSW ist an Finanzinvestoren verkauft worden.

Ein Jahr später hat Franz Müntefering das Bild von den Heuschrecken geprägt. Dabei wird er genau an solche Leute gedacht haben – Leute, die zur Verschleierung des griechischen Staatsdefizits beigetragen haben sollen, Leute, gegen die aktuell die US-amerikanische Börsenaufsicht in einem anderen Fall wegen Betrugsverdacht in Milliardenhöhe ermittelt, Leute mit leitenden Angestellten wie dem, über den kürzlich im „Handelsblatt“ geschrieben wurde, er sei der schlechteste Bankmanager Deutschlands, u. a. weil er gesagt habe, Banken hätten keine Verpflichtung zur Förderung des Gemeinwohls. Ich sage dazu nur: Eigentum verpflichtet. So steht es im Grundgesetz.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Wir können froh sein, wenn solche Leute künftig weniger Einfluss auf das haben, was bei der GSW passiert. Wir können froh sein, wenn sie die GSW verlassen und weiterziehen.

[Zuruf von den Grünen: Warum habt ihr es dann gemacht?]

Ich erinnere an Folgendes: Diese Leute haben den Bestand von ungefähr 70 000 auf unter 50 000 Wohnungen vermindert. Diese Leute haben durch eine Änderung des Bilanzierungsverfahrens den Buchwert der Wohnungen

Senator Dr. Ulrich Nußbaum

erhöht, was zu rechnerischen Gewinnen auf dem Papier führte, die sie sich dann in echtem Geld auszahlen ließen. Genau dieses Verfahren hat zur Finanzmarktkrise geführt. Diese Leute haben sich bis 2009 ungefähr 447 Millionen Euro an Gewinnen ausschütten lassen, die das Eigenkapital belasten. Diesen Leute möchte ich jedenfalls keine Träne hinterherweinen.

Ich weiß, dass ich hier im Haus vielen Abgeordneten die Zustimmung zum vollen Börsengang der GSW nicht leicht gemacht habe. Allein das Wort Börsengang hat für viele einen schlechten Klang.

[Zuruf von den Grünen: Zu Recht!]

Aber ich meine, es gilt, einen kühlen Kopf zu bewahren und rational abzuwägen, was gut und was schlecht für die Mieterinnen und Mieter und für das Land ist.

Erstens: Eine Umwandlung in eine Aktiengesellschaft war bereits nach dem Vertrag von 2004 möglich. Durch die Umwandlung der GSW in eine Aktiengesellschaft wird sie unabhängiger gegenüber Mehrheitseigentümern, als sie bisher als GmbH war. Das ist aus meiner Sicht nicht schlecht. Zudem ist die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft bereits passiert.

Zweitens: Nach dem Vertrag von 2004 hätten die Finanzinvestoren bis unter 50 Prozent der Anteile auch ohne unsere Zustimmung an einen beliebigen Käufer – auch über die Börse – veräußern können. Der Rest hätte beispielsweise an Banken, Versicherungen oder Wohnungsbauunternehmen gehen können, ohne dass wir dabei hätten mitreden können.

Drittens: Die Finanzinvestoren hätten eine Vertragsstrafe in Kauf nehmen können und ihre Anteile entweder komplett an einen Dritten verkaufen oder das Unternehmen teilweise verkaufen oder zerschlagen können.

Deshalb hatte der Senat eine Abwägung vorzunehmen: Entweder man sagt kategorisch nein und muss dann in Kauf nehmen, dass die jetzigen Investoren unkontrolliert ihren Weg gehen, oder man sagt ja und knüpft daran Bedingungen. Letzteres haben wir getan. Wir konnten folgende Bedingungen durchsetzen: 1. Das Eigenkapital der GSW soll um 100 Millionen Euro aus dem Verkaufserlös gestärkt werden. Das wäre nach der Minderung des Eigenkapitals in den letzten Jahren eine echte Trendwende in der Unternehmenspolitik. 2. Der Sitz der Gesellschaft bleibt dauerhaft in Berlin. Dadurch bleiben die Arbeitsplätze der GSW in Berlin, denn auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der GSW haben einen Anspruch darauf, dass wir an sie denken.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

3. Der Aufsichtsratssitz für das Land bleibt bis 2015 bestehen. Das sind drei Jahre mehr als bislang vereinbart.
4. 30 Millionen Euro werden von den Investoren zulasten ihres Gewinns an den Landeshaushalt gezahlt. Wer meint, das sei eine Kleinigkeit, auf die man mal eben verzichten könne, hat meines Erachtens jedweden Maßstab verloren.

[Beifall bei der SPD, der Linksfraktion und der FDP]

Dennoch gibt es einige, die offenbar meinen, es sei nicht genug verhandelt worden. An dieser Stelle darf ich daran erinnern, dass nicht gerade wenige, die an einer schnellen und konditionierten Zustimmung interessiert waren, dem Finanzsenator noch zu Anfang dieses Jahres vorgeworfen haben, dass die konsequente Verhandlungsweise des Finanzressorts sogar strafrechtliche Erpressung sei. Es gibt immer Neunmalkluge, die meinen, sie hätten es besser gemacht. Natürlich weiß man nie, ob man alles herausgeholt hat, was herauszuholen war. Ich frage Sie aber: Wo waren die Kritiker denn, als die Verhandlungen geführt wurden? Was haben sie denn getan, um die Position des Landes weiter zu stärken? Hat sich irgendwer von ihnen so positioniert, dass er bereit war, diesen Finanzinvestoren die Stirn zu bieten, um den Nutzen des Landes zu mehren? – Ich meine nicht. Deshalb möchte ich jedenfalls an dieser Stelle meiner Verwaltung für das engagierte Verhalten in den Verhandlungen ausdrücklich noch einmal danken.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion –
Zuruf von Mario Czaja (CDU)]

Es gibt in diesem Zusammenhang allerdings einen Einwand, den ich sehr ernst nehme, das sind die Sorgen der Mieterinnen und Mieter bei der GSW.

[Heidi Kosche (Grüne): Ach! –
Hört, hört! von den Grünen –
Mario Czaja (CDU): Das ist der größte Witz jetzt!]

Und ich verstehe die Sorgen, die man sich bei den Abgeordneten macht. Sie haben deshalb ihre Bedenken sehr deutlich vorgetragen. Ich kann dazu nur sagen: Es ändert sich für die Mieterinnen und Mieter der GSW nichts.

[Ach! von der CDU]

Die Weitergeltung der Rechte, wie sie im Vertrag von 2004 geregelt waren, habe ich von Anfang an gefordert. Dieses Ziel ist ohne Abstriche zu 100 Prozent erreicht worden.

[Zuruf von Heidi Kosche (Grüne)]

Dies betrifft beispielsweise die Anwendung des Mietspiegels bei Mieterhöhungen, den Verzicht auf Luxussanierungen, den Verzicht auf Kündigungen wegen Eigenbedarfs und wirtschaftlicher Verwertung und den grundsätzlichen Bestandsschutz für Mietereinbauten.

[Joachim Esser (Grüne): Das sind alles
Selbstverständlichkeiten!]

Vertraglich gilt dies bis 2014, wie bisher im Kaufvertrag von 2004 vereinbart.

Nun wendet der eine oder andere ein, der Senat hätte den Investoren eine Verlängerung der Mieterklauseln des Privatisierungsvertrags abkaufen und am besten ganz auf die 30 Millionen Euro verzichten sollen. – Ich weiß nicht, wie ich die Klauseln aus dem Privatisierungsvertrag von 2004 finanziell bewerten soll. Soll das etwa bedeuten, wir verzichten auf 1 Million Euro und dafür gibt es dann ein

Senator Dr. Ulrich Nußbaum

Jahr mehr, oder wir zahlen 10 Millionen Euro und haben dann vier Jahre mehr? Jetzt jedenfalls geht das Geld, das wir den Finanzinvestoren abverhandelt haben, in den Haushalt des Landes Berlin. Das ist transparent. Dann kann der Haushaltsgesetzgeber frei entscheiden, was damit passiert, ob er es beispielsweise für die Schuldentilgung nimmt oder für den Mietbereich. Ich finde das eindeutig besser, als wenn in einem Deal mit Finanzinvestoren Fakten geschaffen werden, ohne das Parlament zu beteiligen und ohne zu wissen, ob die Verabredung mit solchen Leuten das Geld wert ist, was sie bekommen.

[Beifall bei der SPD –

Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion]

Ich jedenfalls habe nicht dieses Vertrauen in die Finanzhaie der beteiligten Art. Das möchte ich lieber selbst in der Hand haben, um für alle Berlinerinnen und Berliner etwas tun zu können.

Unabhängig davon kann ich den Eigentümern der GSW von dieser Stelle aus nur raten, die Gesellschaft und die Mieter und Mieterinnen gut zu behandeln.

[Andreas Gram (CDU): Guter Witz!]

Hier können sie konkret zeigen, dass sie nicht nur über Mieterschutz reden, sondern dass sie ihrer sozialen Verantwortung, die für jeden aus dem Eigentum von Mietwohnungen resultiert, nachkommen.

[Andreas Gram (CDU): Kabarettreif!]

Ich möchte zum Abschluss noch auf einen mir sehr wichtigen Punkt hinweisen. Mein Demokratieverständnis ist nicht so, dass wir als Staat jemandem Geld dafür bezahlen, dass er sich an Regeln, Werte und Normen hält, die wir als Politik für gut und richtig befunden haben. Wir leben in einer Demokratie, und hier gilt das Primat der Politik. Wenn wir der Auffassung sind, dass das soziale Mietrecht ausgebaut werden muss, oder wenn wir finden, dass wir in die Quartiere hier in Berlin investieren wollen, geben wir kein Geld an Finanzinvestoren in der Hoffnung, dass sie dann freundlich damit umgehen werden, sondern wir machen Werbung für unsere Ideen und versuchen, Mehrheiten dafür zu gewinnen. Wenn wir diese Mehrheiten beisammen haben, dann machen wir Gesetze. An diese Gesetze müssen sich alle halten und nicht nur die, die Geld dafür bekommen, dass sie sich an Gesetze halten. Aus all diesen Gründen bitte ich Sie um Zustimmung zum Antrag des Senats. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Senator Dr. Nußbaum! – Für die Beratung hat man sich im Ältestenrat auf eine Redezeit von bis zu zehn Minuten je Fraktion verständigt, die auf zwei Redebeiträge aufgeteilt werden können. Es beginnt die Fraktion der CDU in Person von Herrn Dr. Heide. – Bitte schön, Herr Dr. Heide!

Dr. Manuel Heide (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben hier eben einen Finanzsenator gehört, der eine Zustandsbeschreibung gegeben hat, die zum Teil schwierig nachzuvollziehen war, und der eine etwas besser nachvollziehbare Kritik an Finanzinvestoren hier geäußert hat. Das, was ich daran nicht verstehe, ist nur, warum man nicht daraus die Konsequenzen gezogen hat und bei der Vereinbarung, über die wir hier heute abstimmen, der wir heute zustimmen sollen, darauf geachtet hat, dass es klare Bestimmungen sind, die klar justiziabel sind, und stattdessen die bisherigen Finanzinvestoren aus jeglicher Haftung entlässt und die Haftung auf die GSW überwälzt. Das heißt, wenn ich dann dort entsprechende Dinge einklage und Pönalen habe, die zulasten des Kapitals der Gesellschaft gehen, was dann wiederum dazu führen wird, dass weniger investiert werden kann, als dies ohnehin schon der Fall ist.

[Beifall bei der CDU]

Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Müller, hatte mich am Rande einer Diskussion beim Bund der freien Wohnungsbaugesellschaften neulich gefragt, warum wir heute ein anderes Stimmverhalten zeigen, als wir es 2004 gemacht haben, wo wir diesem Privatisierungsvertrag zugestimmt haben. Der Finanzsenator hat einmal auf die grundsätzlich andere Situation hinsichtlich der Klage des Landes Berlin und der Veräußerung von Landesvermögen verwiesen, die damals gefordert worden war. Zum Zweiten – das muss ich ganz ehrlich sagen – sind unsere Erwartungen in vielen Punkten enttäuscht worden, genau wie Ihre, Herr Senator. Der Vertrag aus dem Jahr 2004 ist aus meiner Sicht in vielen Punkten nicht oder nur sehr schlecht erfüllt worden.

[Beifall bei der CDU]

Das Zweite, das ich hier ganz hart kritisieren will, ist der Verlaufs dieser Beratung. Der Kollege Florian Graf hat am 26. November des letzten Jahres noch eine Frage an den Senat auf dem Weg einer Mündlichen Anfrage gestellt, wo er konkret nachgefragt hat, welche Gespräche es hinsichtlich eines Börsenganges gebe. Damals ist ihm von der Finanzverwaltung noch sehr ausweichend geantwortet worden mit der Bemerkung, es sei noch kein Antrag eingereicht und über Gespräche könne man deshalb nichts sagen, bzw. dieses Gespräche würden nicht existieren. Wir haben mittlerweile durch die Beratung in den Ausschüssen erfahren, dass es zu dieser Zeit bereits Gespräche gegeben hat. Insofern ist dieses eine gezielte Desinformation gewesen.

[Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion):

Das stand im November in der Presse!]

– Ja, dann sagen Sie das Ihrem Senat, dass er vielleicht auch die Presse liest. – Ich frage mich insbesondere, warum es heute eine Sondersitzung geben muss. Und ich habe es in den 25 Jahren, in denen ich Abgeordneter bin, noch nie erlebt, dass wir derartig unter Druck gesetzt werden, dass wir in Zehn-Tages-Schritten 5 Millionen Euro als Land Berlin verlieren, wenn wir nicht schnell

Dr. Manuel Heide

einen entsprechenden Entschluss fassen. Dieses ist aus meiner Sicht skandalös.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Der Senat hat aus dem Debakel des Vertrags von 2004 aus meiner Sicht wieder nichts gelernt. Wir haben nur weiche Absichtserklärungen statt juristisch durchsetzbarer Ansprüche. Selbst die minimalen Schutzrechte der Mieter konnten nicht verlängert werden. Wenn man sich diese Schutzrechte, die in der alten Verhandlung getroffen wurden, ansieht, ist es in der Tat nicht viel: einmal der Verzicht auf Luxusmodernisierung – ja wo denn bitte in den Beständen der GSW? –, dann Mieterhöhungen nach dem Mietspiegel – auch das ist eine Selbstverständlichkeit für alle anderen Gesellschaften –, und dann keine Kündigung wegen Eigenbedarfs – auch dieses ist nicht möglich, weil es sich um eine Kapitalgesellschaft handelt. Dann frage ich wirklich, weshalb diese wenigen Dinge nicht noch mit aufgenommen werden konnten.

[Beifall bei der CDU und den Grünen]

Der Berliner Mieterverein hat in einem Brief an alle Abgeordneten eindringlich vor dem Börsengang und seinen Folgen gewarnt. Er hat auf die schlechten Erfahrungen hingewiesen, die viele Berliner Mieter gemacht hätten, und hat wie folgt formuliert:

Wir hätten jedoch vom Senat erwartet, aufgrund des Zustimmungsvorbehalts in Verhandlungen mit den Investoren eine auch an den Mieterinteressen orientierte wohnungspolitische Strategie zu verfolgen.

Und was ist passiert? – Gar nichts! Wir haben uns im Vorgriff vollmundige Erklärungen von Vertretern der Koalition, von SPD-Abgeordneten aus Spandau und aus entsprechend betroffenen Bezirken anhören müssen. Was ist passiert? – Gar nichts! Der baupolitische Sprecher Dr. Arndt hat noch im „Tagesspiegel“ gesagt, es seien negative Auswirkungen auf die GSW-Mieter wahrscheinlich, was weder vom Senat noch vom Unternehmen zufriedenstellend ausgeräumt werden konnte.

[Heiterkeit von Andreas Gram (CDU)]

Als wir dieses Thema im Bauausschuss diskutiert haben, war der Kollege nicht anwesend. Ich würde mich freuen, wenn er heute für die SPD-Fraktion reden und erläutern dürfte, was wahrscheinlich zu seinem Sinneswandel beigetragen hat.

[Beifall bei der CDU und den Grünen]

Im Verlauf der heutigen Abstimmung werden wir wahrscheinlich sehen, wie viele SPD-Abgeordnete in die Diskussion als Tiger gestartet sind und – wie es so schön heißt – heute als Bettvorleger landen werden. Ich empfinde es als eine Schande für dieses Parlament, sich hier so weit aus dem Fenster zu lehnen und anschließend den Kopf möglichst schnell wieder reinzukriegen, wenn etwas Regen auf das Haupthaar fällt.

[Beifall bei der CDU und den Grünen]

Lassen Sie mich noch einmal kurz ausführen, weshalb wir der Meinung sind, dass diese Bestimmungen aus dem Vertrag von 2004 in weiten Teilen nicht verfolgt worden sind. Es ist damals ausdrücklich darauf hingewiesen worden, dass wir nicht nur dem Verkaufspreis zustimmen, sondern insbesondere auch dem Konzept, das dort verfolgt worden ist, nämlich dem betriebswirtschaftlichen Konzept, das vorgesehen hat, dass ungefähr 450 Millionen Euro in die Gesellschaft und in die Bestände investiert werden. Wir mussten zur Kenntnis nehmen – so auch Ihre Vorlage –, dass nur 250 Millionen Euro investiert worden sind, und für 200 Millionen Euro hat man angeblich andere Bestände gekauft, sprich 3 000 Wohnungen in Berlin. Was in der Vorlage aber verschwiegen wird, ist, dass in der gleichen Zeit 18 000 Wohnungen verkauft worden sind. Das heißt, wir haben ein Defizit von 15 000 Wohnungen, und die sollen dann noch auf die entsprechende Investitionssumme angerechnet werden. Das kann doch wohl nicht wahr sein!

[Beifall bei der CDU und den Grünen]

Wenn ich mir einmal ausrechne, dass nach Auskunft des Vorsitzenden der GSW 50 000 Euro pro Wohnung erlöst worden sind, oder den Kaufpreisen für die anderen Wohnungen entsprechend 80 000 Euro, dann komme ich auf eine Summe zwischen 900 Millionen und 1,4 Milliarden Euro, die im Prinzip durch Verkaufserlöse in die Gesellschaft geflossen sind, die aber nicht reinvestiert werden. Dann frage ich mich natürlich: Was hat dieser Implementierungsausschuss gemacht? Was bringt es uns, wenn wir einen Sitz im Aufsichtsrat haben, wenn im Prinzip dieser Nichtinvestition tatenlos zugeschaut wird? Es ist ausdrücklich gesagt worden, die GSW hätte pro Quadratmeter Wohnbestand in Modernisierung und Instandhaltung 16 Euro investiert. Jeder, der beim BBU anruft, kann sich schnell sagen lassen, dass die anderen Gesellschaften nur für die Instandhaltung 13 bis 14 Euro aufwenden. Das heißt, für eine durchgreifende Modernisierung, wie sie erforderlich ist, ist überhaupt kein Raum mehr gewesen.

Wenn man sich das vor Augen hält, dann sieht man, dass ein Vertragscontrolling bei diesem Senat überhaupt nicht existiert oder zumindest nicht wirksam ist. Das heißt, wir haben im Prinzip nie nachgehalten, ob das, was damals vereinbart worden ist, überhaupt stattgefunden hat.

[Beifall bei der CDU und den Grünen]

Auf Nachfragen der Abgeordneten ist dann erzählt worden: Ja, das sei kein justiziabler Vertragsbestandteil, das sei nur eine weiche Absichtserklärung gewesen. – Dann frage ich Sie noch: Woher sollen denn die 100 Millionen Euro kommen, von denen heute immer die Rede ist, dass die angeblich dem Eigenkapital der Gesellschaft aus dem Börsengang zufließen sollen? – Wenn ich diese Vorlage richtig lese, dann befindet sich jetzt das Kapital komplett in Händen der Finanzinvestoren. Geht dieses an die Börse, machen diese Kasse, kein einziger Euro wird an die Gesellschaft fließen. Das wage ich hier schon vorherzusagen. Insofern verstehe ich nicht, wie man auf der einen Seite diese Investoren so negativ darstellen kann und dann

Dr. Manuel Heide

darauf vertraut, dass Dinge passieren, die mit Sicherheit nicht passieren werden.

[Beifall bei der CDU und den Grünen]

Gleiches gilt auch hinsichtlich der Weiterentwicklung der Gesellschaft und des Sitzes in Berlin. Es ist in keiner Zeile geregelt, wie groß die Gesellschaft überhaupt bleiben soll. Gibt es einen Mindestbestand? Gibt es einen Mindestpersonalbestand? Lagert man weite Teile dieser Hauptverwaltung aus, gibt sie an andere Firmen weiter? Für den Firmensitz reichen ein Briefkasten und zwei Leute – das ist überhaupt kein Problem. Auch hier sehe ich nicht, dass das, was Sie vorgestellt haben, im Endeffekt zur Durchführung kommt.

Dieses Verfahren als solches ist skandalös. Sie haben es nicht geschafft, der Verunsicherung der Mieter entgegenzuwirken. Der Privatisierungsvertrag von 2004 wurde nur unzureichend erfüllt, insbesondere bei den Investitionen in die Bestände. Die Vorlage, die wir heute erhalten haben, ist aus meiner Sicht unzureichend und enthält wiederum nur Absichtserklärungen und keine juristisch durchsetzbaren Forderungen. Wie es zu diesen 100 Millionen Euro Kapitalzuschuss kommen soll, ist mir als Jurist, der schon den einen oder anderen Börsengang gemacht hat, um ehrlich zu sein, ein Rätsel. Aber da werden Sie uns vielleicht noch aufklären. Insofern kann ich es nur nachvollziehbar sagen: Die CDU wird diesem Vertrag nicht zustimmen.

[Beifall bei der CDU und den Grünen]

Herr Kollege Arndt! Sie haben ja am Schluss Ihres Leserbriefs gesagt: Man soll nie mit dem gleichen Kopf zweimal gegen die gleiche Wand laufen. – Ich habe für Sie, da ich eigentlich ganz gern mit Ihnen zusammenarbeite und dies sich auch fortsetzen soll, damit Sie sich nicht wehtun und verletzen, einen kleinen Bauhelm mitgebracht, in Rot, den können Sie aufsetzen, wenn Sie nach vorne gehen. – Schönen Dank!

[Beifall bei der CDU und den Grünen]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Kollege Dr. Heide! – Für die SPD-Fraktion hat nunmehr der Fraktionsvorsitzende Müller das Wort. – Bitte schön, Herr Müller!

[Zuruf von der CDU: Arndt soll reden! – Andreas Gram (CDU): Der Sprecher von Arndt!]

Michael Müller (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat die Frage der Zustimmung zum Börsengang der GSW ernsthaft diskutiert und geprüft. Es gibt überhaupt keinen Grund, so oder so für den einen oder den anderen Weg in lauten Jubel auszubrechen. Es geht hier um prinzipielle und konkrete Fragen im Zusammenhang mit dem Börsengang, es geht um die Abwägung der Al-

ternativen in ihren Auswirkungen für die GSW, für die Mieter, für die Beschäftigten und auch für das Land Berlin. Es geht nicht um die Frage der Privatisierung. Die ist 2004 entschieden worden. Es geht nicht darum, ob wir heute den Weg freimachen wollen für eine Privatisierung der GSW.

[Heidi Kosche (Grüne): Ich denke, Sie wollen rekommunalisieren!]

Heute würde möglicherweise darüber auch anders entschieden werden. Das muss man in aller Offenheit so sagen. Es ist überhaupt keine Schande, die Finanzpolitik ständig zu überprüfen. Nach 15 Jahren Privatisierungspolitik im Land Berlin, nachdem es viele Privatisierungen gegeben hat, sehr gelungene, weniger gelungene Privatisierungen, die auch im Zusammenhang mit der Verfassungsklage – der Senator hat darauf hingewiesen – zu tun hatten, in diesem Zusammenhang ist das auch alles zu überprüfen. Und ich sage ganz klar: Wir haben heute einen Wohnungsbestand von rund 15 Prozent öffentlichen Wohnungen in unserer Stadt, den wollen wir auch erhalten. Die Koalition hat sich eindeutig darauf verständigt, dass es auch in diesem Bereich keine Privatisierung geben wird. Vor diesem Hintergrund sage ich ganz klar: Es ist eine Privatisierung, die 2004 gelaufen ist, die möglicherweise heute auch unter anderen politischen Vorgaben anders entschieden würde.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Aber jetzt geht es um die Frage: Wie gehen wir um mit den nächsten Schritten, die aus dieser Privatisierung von 2004 folgen? – Da kann man es so machen wie die Opposition. Ich staune schon, wie Sie das in den letzten Tagen begründet haben, dass Sie heute nicht zustimmen wollen, auch, wie Herr Heide das eben gemacht hat. Sie kritisieren massiv das Verhalten dieser Investoren, die wir da haben, wollen auf der anderen Seite aber alles tun, damit sie auch ja drin bleiben in der GSW und auch ja ihre Anteile behalten. Sie wollen nicht den Weg frei machen für einen Börsengang. Es ist schon erstaunlich, wie Sie das begründen.

Und dass Sie mit dem Mieterschutz kommen, ist der Gipfel der Heuchelei, Herr Henkel. Sie und Ihre Fraktion hat der Mieterschutz nie wirklich interessiert. Ich will mal daran erinnern, wie die Entstehungsgeschichte für diesen GSW-Verkauf war. Ursprünglich hatten wir mal einen negativen Kaufpreis als Angebot. Da haben Sie schon geschrien: Bloß weg damit! – Dann haben Investoren 200 Millionen genannt. Da haben Sie wieder, zusammen mit vielen Medienvertretern, geschrien: Weg damit, ist doch ein gutes Geschäft! – Als es dann 400 Millionen waren und wir in der SPD-Fraktion wieder gesagt haben: Wir wollen sehen, dass wir jenseits dieses guten Kaufpreises auch noch Mieterschutzrechte verabreden können, haben Sie sich darüber lustig gemacht und gesagt: Ist ja kein Wunder, dass ihr nur schlechte Preise kriegt, weil ihr den Eigentümern und den Investoren immer irgendwelche Bindungen auferlegt. – Das ist die ganze Entstehungsgeschichte.

Michael Müller

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Es ist, Herr Henkel, wörtlich nachzulesen, Herr Kaczmarek hat es damals in der Plenarsitzung gesagt, gerichtet an die Linksfraktion und an die SPD: Wir müssen nun endlich mal aufhören mit diesen Schreckgespenstern, die wir an die Wand malen, die immer nur von Mieterhöhungen reden und die Leute aus ihren Wohnungen vertreiben wollen.

Menschen auf diese Art Angst zu machen, war ein schäbiger Versuch, sie als politische Manipulationsmasse zu missbrauchen. Solche kurzfristigen und kaltschnäuzigen politischen Kampagnen lehnen wir ab.

– sagt die CDU. Das würden Sie auf keinen Fall machen. –

Die Mieterinnen und Mieter der GSW wollen wir deshalb ermutigen, die Eigentümerschaft als Chance zu begreifen. Das soziale Mietrecht mit all seinen Sicherungen für den Mieter gilt unverändert auch in der GSW.

Das ist Ihre politische Haltung. Die Mieterrechte haben Sie noch nie wirklich interessiert. Dass Sie sich jetzt hier hinstellen und so tun, als ob Sie der Anwalt der Mieter wären, wenn das die neue Linie von Herrn Heilmann sein soll, die neue, durchgestylte CDU – peinlich ist es, dass Sie nicht zu Ihren eigenen Beschlüssen stehen.

[Beifall bei der SPD, der Linksfraktion
und der FDP]

Man kann es in der Opposition auch so machen wie die Grünen, die sich immer ein Hintertürchen offen halten, die immer kraftvoll sowohl für das eine als auch für das andere sind,

[Gelächter bei den Grünen –
Zurufe von den Grünen]

die sich damals im Hauptausschuss der Stimme enthalten haben und dann hier im Plenum dagegen gestimmt haben, und Herr Esser sagt jetzt in den Zeitungen: Ja, das ist das Grundproblem, wir haben heute einfach einen zu geringen Bestand an öffentlichen Wohnungen. Wir müssten viel mehr öffentliche Wohnungen haben.

[Joachim Esser (Grüne): Falsch!]

Damals in der Rederunde, als es um die Privatisierung ging, war von dieser Haltung nichts zu spüren.

[Zuruf von Ramona Pop (Grüne)]

Herr Schruoffeneger hat für die Grünen-Fraktion gesagt: Sie wissen, dass wir uns darauf verständigt haben, den Bestand an öffentlichen, landeseigenen Wohnungen auf die Zahl von 160 000 zu reduzieren.

[Zuruf von der Linksfraktion: Ach! –
Zuruf von Ramona Pop (Grüne)]

Sie haben dagegen gestimmt, weil Ihnen ein Gesamtkonzept fehlte, wie man von 260 000 Wohnungen auf 160 000 Wohnungen kommt. Das war Ihr Grund für die

Ablehnung, nicht weil Sie für die Mieterinnen und Mieter gekämpft haben.

[Beifall bei der SPD, der Linksfraktion
und der FDP]

Es ist schon erstaunlich, wie nahe sich CDU und Grüne bei ihren politischen Spielchen an der Stelle sind, aber die Wählerinnen und Wähler werden es Ihnen nicht danken,

[Zurufe von der CDU und den Grünen]

weil sie sehen, dass Sie nicht ernsthaft an ihren Interessen interessiert sind, dass Sie nicht ernsthaft für ihre Rechte kämpfen.

[Zurufe von der CDU und den Grünen]

Fakt ist, die GSW ist verkauft, und Berlin hat keine Anteile mehr an der GSW. Fakt ist, die GSW wurde bereits in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Das zeigt auch, dass es gar keinen Zweifel daran gibt, dass die Eigentümer 50 Prozent dieser Anteile auch an die Börse bringen werden. Das können sie ohne unsere Zustimmung tun. Oder aber: Sie können auch die Gesellschaft zerschlagen. Sie können Teilverkäufe vornehmen und diese Verkäufe anderen Investoren anbieten. Auch das können sie ohne unsere Zustimmung machen.

[Michael Schäfer (Grüne): Weil ihr das
im Vertrag ermöglicht habt!]

Es geht heute also um die Frage, ob das Land den Eigentümern gestattet, nur diese 50 Prozent an die Börse zu bringen, wie gesagt, ohne unsere Zustimmung ist das heute möglich, oder ob wir ihnen gestatten, auch größere Anteile an die Börse zu bringen.

Ich glaube, es gibt Gründe für diese Zustimmung. Der Finanzsenator hat es bereits dargestellt, es hat doch in diesem Zusammenhang eine ganz beachtliche Verhandlungsrunde gegeben, und es konnte Etliches für die Gesellschaft, für die Mieter und auch für das Land Berlin erreicht werden. Der verbesserte Mieterschutz für die GSW-Mieter konnte bis 2014 gesichert werden. Die vertraglichen Pflichten, die sich aus dem Kauf ergeben haben, und eben auch diese Mieterschutzverpflichtungen gehen jetzt direkt an die GSW über. Auch das, Herr Heide, ist sicher ein Erfolg, dass eben nicht irgendwelche Investoren in London, New York oder sonst wo auf der Welt dafür eintreten, sondern hier unsere Ansprechpartner in der GSW, in der Gesellschaft dafür verantwortlich sind, dass diese Rechte für die Mieterinnen und Mieter auch wirklich eingehalten werden.

[Uwe Goetze (CDU): Völlig sanktionsfrei!]

Die Geschäftsführung der GSW hat schon signalisiert, dass sie auch bereit ist, mit uns darüber zu reden, wie man das noch weitergehend absichert.

[Zurufe von den Grünen]

Daran sollten wir diese Geschäftsführung in den nächsten Monaten auch erinnern, im Interesse der Mieterinnen und Mieter.

Michael Müller

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Zurufe von den Grünen]

Es konnte erreicht werden, dass das Aufsichtsratsmandat des Landes Berlin drei weitere Jahre, also bis 2015, erhalten bleibt, eine weitere Einflussmöglichkeit.

[Heidi Kosche (Grüne): Was bringt das?]

Der Sitz der Gesellschaft konnte für Berlin gesichert werden und damit im Übrigen auch Arbeitsplätze. Das ist der Grund, warum sich der Betriebsrat auch hinter diesen Weg stellt und sagt: Ja, es ist richtig, das Unternehmen als Ganzes zu erhalten, keine Zerschlagung zuzulassen und die Arbeitsplätze auch hier am Standort zu sichern. – Es konnten 100 Millionen zusätzlich an Eigenkapital gesichert werden, die an die GSW gehen und zusätzlichen Spielraum natürlich auch für Investitionen bieten.

[Zurufe von Michael Dietmann (CDU)
und Heidi Kosche (Grüne)]

Und es konnten 30 Millionen auch für den Landeshaushalt gesichert werden. Ich staune auch da wieder gerade bei den Grünen, wie wichtig das immer ist, der Konsolidierungskurs, 30 Millionen werden mal nebenbei als Selbstverständlichkeit oder viel zu wenig abgehakt.

[Zurufe von den Grünen]

Auch das ist wichtig, dass wir diese Einnahme für das Land haben. Ich sage aber auch, wir werden uns – so wie in der Vergangenheit – nicht von dem Kurs verabschieden, dass wir einen Teil von diesem Geld nehmen werden und in weitergehende Projekte der sozialen Stadt, des Quartiersmanagements, der Mieterschutzrechte investieren können.

[Zuruf von Joachim Esser (Grüne)]

Wir haben das auch schon beim Auslaufen der Anschlussförderung gemacht. Wir haben einen Topf dafür, dass wir den Mieterinnen und Mietern konkret helfen können, die in Not geraten. Wir haben noch mal Mittel für den Bereich des Quartiersmanagements aufgestockt. Wir werden sehen, ob nicht auch hier in diesem Fall Mittel, die aus der Wohnungswirtschaft kommen, wiederum dem Bereich der Wohnungswirtschaft, der sozialen Stadt und des Quartiersmanagements zur Verfügung gestellt werden können. Auch das gehört mit zum Verhandlungspaket.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Insofern ist einfach die Frage: Sind die Alternativen, die sich zur Annahme dieses Verhandlungspakets anbieten, wirklich sinnvolle Alternativen? Also die Zerschlagung, die Teilverkäufe dieses Unternehmens oder eben mit 50 Prozent jetzt die Investoren an die Börse gehen zu lassen und dann zuzugucken, wie sie vier Jahre später mit den restlichen 50 Prozent an die Börse gehen, ohne dass man etwas für das Land erreicht. Nein, ich glaube, es sind schlechte Alternativen, wenn wir diesen Weg gehen würden, wenn wir nicht sehen würden, dass wir das, was für das Land, für die Mieterinnen und Mieter, für die GSW, für die Beschäftigten zu erreichen ist, auch wirklich durchsetzen. Es ist in diesen Verhandlungen gelungen.

Wir alle miteinander – auch da muss man ehrlich sein – können nicht sicher sein, ob jetzt wirklich dieser Börsengang oder vier Jahre Zugucken oder eine andere Möglichkeit wirklich der Weg wäre, der dann alle Probleme löst. Wir können heute nur unter den Voraussetzungen, die uns zur Verfügung stehen, mit den Fakten, die wir haben, dass private Investoren, denen bereits 100 Prozent der Gesellschaft gehören, die damit machen können, was sie wollen, dass private Investoren bereit sind, mit uns in Verhandlungen einzutreten und etwas für all die Bereiche zu sichern, die ich eben aufgezählt habe, unter diesen Voraussetzungen können wir sagen: Es ist die bessere Alternative allen anderen Wegen gegenüber. Und in dieser Abwägung diesem Verhandlungspaket gegenüber sagen wir: Es ist ein gangbarer Weg, den wir mittragen. Deswegen wird die SPD-Fraktion diesem Weg und diesem Verhandlungsergebnis zustimmen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Kollege Müller! – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nunmehr der Kollege Esser das Wort. – Bitte schön!

Joachim Esser (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Werter Kollege Müller! Da können Sie jetzt hier erzählen, was Sie wollen, Ihr Handeln und auch der heutige Tag zeigen, die Zeiten, als Mieterschutz Kernkompetenz der SPD war, sind lange vorbei.

[Beifall bei den Grünen und der CDU]

Die Privatisierung der GSW war und ist ein rot-rotes Projekt. Es war wie so manches Projekt Ihrer Regierungszeit ein kapitaler Fehler. Der heute anstehende Börsengang der GSW ist nur die Folge dieses wohnungspolitischen Sündenfalls. Wir haben Ihnen das damals vor sechs Jahren in der Debatte auch alles ins Stammbuch geschrieben. Die sinnleere Diskussion über die Frage, ob es nun schlimmer ist, dass ein Banker von Goldman Sachs der GSW die Renditeziele vorgibt, oder ob dies eine Aktionärsversammlung macht, überlasse ich gerne Ihnen, meine Damen und Herren von SPD und Linkspartei!

Zu den Details des Vertrags hat Herr Dr. Heide – darauf muss ich deswegen nicht mehr eingehen – dankenswerterweise die wesentlichen Dinge gesagt. Wer das immer noch nicht glaubt und uns hier verkaufen will, der Börsengang macht die Dinge besser, der möge dann vielleicht mal die heutige Presseerklärung der Kleinaktionärsvertreter der Schutzgemeinschaft lesen, die das ähnlich sehen, wie ich das vorhin ausgeführt habe. Das ist nicht der Weg ins Paradies für die Mieter der GSW.

Die drängenden Fragen der sozialen Stadtentwicklung bleiben in beiden Fällen sowieso auf der Strecke. Die sind weder für Banker noch für Aktionäre entscheidungsrelevant. Deshalb, Herr Wowereit, gibt es für die Fraktion

Joachim Esser

von Bündnis 90/Die Grünen keinen Grund, Ihrer rot-roten Chaostruppe zu Hilfe zu eilen. Wir werden geschlossen gegen den Börsengang der GSW stimmen.

[Beifall bei den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Herr Müller! Wir Grünen haben nie einen dogmatischen Kurs im Umgang mit der städtischen Wohnungswirtschaft verfolgt.

[Dr. Fritz Felgentreu (SPD):
Nein, einen Schlingerkurs!]

Wir haben der Regierungskoalition mehr als ein Mal eine Verständigung darüber angeboten, wie wir einen Grundbestand an öffentlichem Wohnraum nachhaltig sichern können, der preiswerter ist als anderswo – was heute nicht der Fall ist – und der räumlich so in der Stadt verteilt ist, dass man damit keine sozialen Brennpunkte begünstigt – was heute auch nicht der Fall ist. Das ist keine einfache lösende Aufgabe, aber mit dem Etikett „staatlich“ und billiger Polemik, wie Sie sie vorhin gebracht haben, ist es auch nicht getan.

[Beifall bei den Grünen und der CDU –
Michael Müller (SPD): Ihre Zitate!]

Wir haben in diesem Zusammenhang – und ich muss der Wahrheit zuliebe hinzufügen: auch die CDU – ein wohnungspolitisches Gesamtkonzept des Senats gefordert und zugleich unsere konstruktive Mitarbeit angeboten. Leider erfolglos, denn Sie, meine Damen und Herren von Rot-Rot, haben sich bis heute geweigert, ein solches Konzept zu entwickeln, obwohl die Stadt es dringend braucht!

[Zuruf von Michael Müller (SPD)]

Welche Zahl am Ende da drinsteht, Herr Müller, wenn man überhaupt einmal eine Diskussion führt, ist eine ganz andere Frage. Etwas anderes haben Sie überhaupt nicht drauf. Ich komme nachher noch darauf zu sprechen.

Der einzige Verbündete, den Sie deshalb heute noch haben, sind die Neoliberalen von der FDP, die ohnehin der Meinung sind, der Markt und die Börse seien Konzept genug.

[Beifall bei den Grünen –
Zurufe von der SPD]

SPD und Linke haben über Jahre den unregulierten Ausverkauf von Beständen laufen lassen, mit dem die landeseigenen Gesellschaften ihre Bilanzlöcher stopften, bis wir von 400 000 auf die von Ihnen so gelobten 260 000 gekommen sind.

[Daniel Buchholz (SPD): Sie wollten
einmal doppelt so viele verkaufen!]

Dann haben Sie ausgerechnet die GSW mit ihren gut diversifizierten Beständen an irgendwelche Heuschrecken vertickt. Sie und nicht wir! Danach haben Sie in das andere Extrem umgeschaltet – was Sie jetzt hier vorführen – und verkündet: Ab heute wird jede staatseigene Einzimmerwohnung bis auf das Blut gegen den neoliberalen Zugriff verteidigt.

[Gelächter bei der CDU und der FDP]

Und heute machen Sie die erneute Kehrtwende und verlangen von uns und den anderen Abgeordneten, dass wir den Börsengang einer ganz Stadt mit über 100 000 Mietern abnicken. Ich sage Ihnen: Einen solchen Schleuderkurs haben wir nicht mitgemacht und werden wir nicht mitmachen.

[Beifall bei den Grünen und der CDU]

So ein Kurs hat auch überhaupt nichts mit einem wohnungspolitischen Gesamtkonzept zu tun – ich sage es noch einmal –, in das soziale Überlegungen, Fragen der Stadtentwicklungspolitik und angesichts der von Ihnen finanziell ruinierten Wohnungsbaugesellschaften auch kaufmännische Erfordernisse sinnvoll eingehen müssen. Deshalb werden Sie bei uns heute keine Zustimmung finden. Wir möchten nicht das Schleudertrauma bekommen, das Herr Müller nach seiner Rede vermutlich erlitten hat.

[Heiterkeit bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Frau Matuschek! Sie werden gleich die verbalakrobatische Leistung allein vollbringen müssen, wonach der Börsengang der Deutschen Bahn geradewegs in das S-Bahnchaos führt, während der Börsengang der GSW die Lage der Mieter verbessert. Diesen Unsinn werden wir nicht nachplappern.

[Beifall bei den Grünen und der CDU –
Heiterkeit bei den Grünen und der CDU]

Auch die geradezu halsbrecherische Behauptung – daran hat sich Herr Müller gerade versucht –, der Börsengang der GSW passe bestens zu Ihren Ankündigungen, die Sozialmieten deutlich unter den Mietspiegel zu senken, die Wasserbetriebe zurückzukaufen, die S-Bahn zu kommunalisieren, einen landeseigenen Energieversorger aufzubauen und überhaupt dem Kapital einmal richtig die Zähne zu zeigen,

[Vereinzelter Beifall bei der CDU –
Heiterkeit bei den Grünen und der CDU]

diese halsbrecherische Behauptung überlassen wir gern Ihnen ganz allein, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und den Linken.

[Beifall bei den Grünen und der CDU]

Das fällt uns auch leicht, weil von Ihren Sonntagsreden nichts zu halten ist. Das Einzige, was Sie in neun Jahren Regierungszeit tatsächlich rekommunalisiert haben, sind die Immobilienfonds der ehemaligen Bankgesellschaft samt den daran hängenden Milliardenverlusten und ein CDO-Paket von J. P. Morgan, das der BVG einen Verlust von 160 Millionen Euro bescheren wird. Ich glaube Ihnen, dass Sie das lieber nicht getan hätten, aber andere relevante Fälle, bei denen von Ihnen Privateigentum in Eigentum des Landes Berlin überführt worden ist, sind mir aus neun Jahren Rot-Rot nicht bekannt. Praktisch betreiben Sie den Börsengang des Rechts auf Wohnen und die Sozialisierung von Verlusten aus Bankgeschäften, verbal erfinden Sie alle 14 Tage eine neue Verstaatlichung, die dann nicht stattfindet.

Joachim Esser

Dafür führt der Schlingerkurs der Linken – raus aus dem Staatssozialismus, rein in den Staatssozialismus! – heute zu dem grotesken Schauspiel, dass einige Sozialdemokraten den Aufstand proben, derweil die Ideenspender sich längst in die Büsche geschlagen haben, dem Börsengang der GSW genauso ungerührt ihren Segen geben wie dem Verkauf der GSW vor sechs Jahren und gleichzeitig erklären, irgendwie sei das natürlich alles ein Fehler und gegen ihre echte Überzeugung. Die ganze Situation ist komplett gaga, verdreht und heuchlerisch, um nicht zu sagen: verlogen.

[Beifall bei den Grünen und der CDU]

Da kann man nur hoffen, dass sich nachher in der Abstimmung doch noch ein paar Aufrechte aus dem Lager von Rot-Rot finden, die dieser Posse von Debatte wenigstens nachträglich einen Sinn und der Sache des Mieterschutzes den nötigen Ernst verleihen.

[Zuruf von Gernot Klemm (Linksfraktion)]

Denn natürlich sind Verkauf und Börsengang der GSW eine wohnungspolitische Bankrotterklärung. Die GSW hatte – das wissen wir alle – von allen landeseigenen Gesellschaften die vielfältigsten Bestände in Form unterschiedlichster Haustypen, Siedlungsformen und Baualtersklassen über die ganze Stadt verteilt. Das unterscheidet sie signifikant von den Plattenbaubeständen beispielsweise der HOWOGE oder der DEGEWO. Deswegen hat uns der Verkauf der GSW von dem wohnungspolitischen Ziel entfernt, die erforderliche räumliche Verteilung des öffentlichen Wohnungsbestandes zu erreichen und in allen Bezirken Belegungsmöglichkeiten zu schaffen.

Herr Müller! Und dann haben Sie entgegen Ihrer Aussage von vorhin die 400 Millionen Euro auf Nimmerwiedersehen im Haushalt versickern lassen, anstatt sie zur Entschuldung der verbliebenen Wohnungsbaubestände zu verwenden, damit dort niedrigere Mieten möglich werden.

[Michael Müller (SPD): Die schreiben wenigstens schwarze Zahlen. Aber das haben Sie nicht mitbekommen!]

Das hat uns von dem Ziel entfernt, Mieten anbieten zu können, die unter dem Niveau des Mietspiegels liegen. Das alles haben wir Ihnen in der Debatte um den Verkauf der GSW am 3. Juni 2004 hier im Abgeordnetenhaus gesagt. Wir haben gesagt: Ehe ihr verkauft, lasst uns doch mal gucken, welche Bestände in öffentlicher Hand sozial- und wohnungspolitisch besonders wichtig sind! Wir haben gefragt: Sollen diese Wohnungen eigentlich vor allem in den Plattenbauten des verbliebenen Sozialismus und den Großsiedlungen aus der Zeit der SPD-Kahlschlagsanierung in Westberlin liegen, auf dass der Wohnungsmarkt dorthin die Armut entsorgen kann, die aus den Innenstadtbezirken gedrängt wird? Oder müssen wir genau das vermeiden und die Bestände sogar umschichten? – Schließlich haben wir gesagt: Lasst uns doch erst mal rechnen, welche Verkaufserlöse nötig sind, um eine durchgreifende Entschuldung der Gesellschaften und

damit niedrigere Mieten im verbleibenden Bestand zu ermöglichen!

Da haben Frau Oesterheld und ich monatelang mit unseren Bordmitteln gegessen, und in der Tat waren wir so ehrlich zu sagen: Dabei kann herauskommen, dass wir möglicherweise vor der Frage stehen, dass es besser ist, 180 000 Wohnungen mit niedrigeren sozialen Mieten für einkommensschwache Menschen zu haben als 240 000 Wohnungen mit teureren Mieten als anderswo oder mindestens so teuer. Denn man steht vor der Frage – den Euro gibt es nicht zwei Mal –: Machen wir Entschuldungen über Verkäufe, oder machen wir Entschuldungen über Mietsteigerungen, wie Sie das jetzt machen?

[Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion): An wen wollten Sie denn verkaufen, Herr Esser?]

In der jetzigen Situation werden die Wohnungsbaugesellschaften, ehe sie sozialpolitisch handlungsfähig sind, mindestens noch zehn Jahre alles nachvollziehen müssen, was am allgemeinen Markt passiert, um überhaupt wirtschaftlich tragfähig zu werden.

Das alles sind Fragen, die sich heute mit noch höherer Dringlichkeit stellen. Keine davon ist einfach zu beantworten, aber Sie haben sich in den gesamten sechs Jahren gar nicht erst um Antworten bemüht. Ihre Regierungszeit – ich komme zum Ende – waren wohnungspolitisch verlorene Jahre. Es wird Zeit, dass die Berlinerinnen und Berliner eine Regierung bekommen, die unangenehme Fragen nicht länger ausweicht,

[Gelächter bei der SPD und der Linksfraktion]

eine Regierung, die die Probleme der Stadt nicht vor sich herschiebt, sondern anpackt.

[Beifall bei den Grünen und der CDU]

Präsident Walter Momper:

Für die Fraktion der Linken hat nunmehr Frau Matuschek das Wort. – Bitte schön, Frau Matuschek!

Jutta Matuschek (Linksfraktion):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir nehmen die Ängste der Mieterinnen und Mieter sehr ernst.

[Oh! von der CDU und den Grünen –
Andreas Gram (CDU):
Kommunisten retten das Kapital!]

Und gerade deswegen haben wir bei der gesamten Debatte vom ersten Tag an, als die Informationen kamen, dass eventuell ein vollständiger Börsengang angestrebt wird, Wert darauf gelegt, dass in dem kleinen Handlungsspielraum, den das Land Berlin nach dem Privatisierungsvertrag noch hatte, besonderer Wert auf die Sicherung der Mieterschutzklauseln gelegt wurde. Und deswegen sind wir heute hier: um einen Ergänzungsvertrag zu dem Privatisierungsvertrag von damals zu machen, der genau

Jutta Matuschek

diese Mieterschutzklauseln festschreibt, egal in welcher Eigentümerschaft sich dieses Unternehmen dann befindet.

[Beifall bei der Linksfraktion –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Wir machen keine Panik, wie das andere Kollegen hier betreiben, und erzählen den Mieterinnen und Mietern, dass sie bald auf der Straße stehen. Nein! Wir sichern ihre Rechte vertraglich und einklagbar.

[Zuruf von der CDU: Wodurch denn?]

Wir machen auch diese politischen Spielchen – was wäre, wenn das damals anders gelaufen wäre – nicht mit. Als etwas anderes kann ich das gar nicht bezeichnen, was insbesondere von der CDU vorgetragen wurde: diese politischen Spielchen, was damals war.

Und auch noch einen Satz zu Herrn Esser: Geschätzter Kollege Esser! Der Unterschied zum Börsengang der Bahn ist, dass dieser Börsengang erstens zu verhindern ist,

[Gelächter]

wenn man dafür zweitens, dafür treten wir ein, die politischen Mehrheiten zusammenbekommt. Der Börsengang der GSW ist hingegen nicht zu verhindern, weil die GSW nicht mehr dem Land gehört.

[Andreas Gram (CDU): Um Gottes willen!
Was erzählen Sie denn da? –
Beifall bei der Linksfraktion –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Da muss ich einen Exkurs machen: Warum wurde die GSW damals privatisiert? – Erstens: Das Land Berlin hat die landeseigene GSW veräußert, weil es sich in einer Haushaltsnotlage befand, weil es den Gang nach Karlsruhe und die Verfassungsklage über Bundeshilfen vorbereitete und dafür auch den Beweis zu erbringen hatte, dass es alles auf der Ausgaben- und auch Einnahmeseite leistet, um zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen. Dass diese Klage nicht gewonnen wurde, kann man doch im Nachhinein nicht als Argument aufführen, man hätte damals auf den Verkauf auch getrost verzichten können!

Zweitens: Das Land Berlin wurde damals von der gesamten Opposition vor das Verfassungsgericht gezerrt, um einen verfassungsmäßigen Haushalt aufzustellen. Auch daraus erwuchs der Zwang zur Vermögensaktivierung – wie die Haushälter das so schön bezeichnen. Und die Forderung nach einem Gesamtkonzept zur Entstaatlichung – der Begriff stammt übrigens von Herrn Kaczmarek –, also zum Verkauf möglichst aller Landesbeteiligungen, diese Forderung gab es nicht nur aus den Reihen der CDU, sondern auch aus denen der FDP und – man höre und staune – auch der Grünen, nach der Beschlussfassung der damaligen Fraktion im Jahr 2003 auf dem Schloss Wulkow. Das wollen wir bitte nicht vergessen: Auch die Grünen sind Privatisierungsbefürworter!

[Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion): Allerdings! –
Beifall bei der Linksfraktion –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Was war der Gegenstand des damaligen Verkaufs der GSW? – Die GSW als Landesunternehmen wurde mit 65 000 Wohnungen und mit 1,7 Milliarden Euro Schulden, davon 1,5 Milliarden Euro Bankschulden, mit einem Eigenkapital von gerade noch 23 Millionen Euro veräußert und dabei ein Verkaufserlös von 401 Millionen Euro erzielt. Das war – wie Herr Kollege Esser damals sagte – ein Unternehmen, das kurz vor dem Bankrott stand. Und dafür bekam das Land – wie gesagt – diese 401 Millionen Euro bei Sicherung der Mieterschutzklauseln, des Bestandsschutzes für die Mieterverträge, bei Ausschluss von Luxusmodernisierung, bei Einhaltung des Mietspiegels bei Mieterhöhungsverlangen als Zusicherung über die normalen Mieterschutzklauseln hinaus, bei Bevorzugung der Mieterinnen und Mieter bei eventuellen Verkäufen – Mieterprivatisierung genannt – und mit dem entsprechenden Sitz des Unternehmens. Das Land bekam außerdem einen Aufsichtsratsplatz – das ist schon genannt worden. Es wurden außerdem alle Ausbildungsplätze erhalten, und es wurde auf betriebsbedingte Kündigungen verzichtet. Und das war nichts? – Die FDP hat damals gesagt: Das kostet alles nur Geld! Lasst das doch! Wir könnten viel mehr Erträge erzielen, wenn das alles nicht mit eingehen würde. –

[Zuruf von der Linksfraktion]

Das sind doch aber Rechte, die über den normalen Standard hinausgehen. Ich darf noch einmal daran erinnern.

Ich will den Verkauf von damals gar nicht schönreden, aber welche politischen Alternativen gab es denn? – Da gab es den ersten Versuch des GSW-Verkaufs für 200 Millionen Euro – Herr Senator Nußbaum hatte hierauf Bezug genommen. Mit dem hatte die CDU überhaupt kein Problem: Je schneller privatisieren, desto besser! – Das war damals die Position. Heute haben Sie eine andere, und man versteht nicht, warum. Außerdem prophezeite die CDU damals, dass es auch nicht der letzte Privatisierungsakt sein werde.

[Uwe Goetze (CDU): War es auch nicht!]

Dann gab es seitens der FDP die Kritik, dass man auf die teuren Zusatzvereinbarungen Mieterschutz und Ähnliches verzichten solle, weil sie doch nur Geld kosteten und die Mieterinnen und Mieter der GSW gegenüber anderen nicht bevorteilt werden sollten. Die Grünen traten damals mit der Forderung an, man sollte die Hälfte der gesamten Wohnungsbestände der kommunalen Wohnungsunternehmen verkaufen und die verbleibenden – welche das sein sollten, haben sie uns nicht verraten – zielgerichtet für Arme und Ärmste zur Verfügung stellen – außerhalb des Mietmarktes, außerhalb des Mietspiegels. Die Verwaltung dieser Wohnungen sollte dann an die Bezirke übergehen, damit das Ganze schön über die Stadt verteilt würde. Diesem wohnungspolitischen Konzept hängen die Grünen offensichtlich immer noch an. Das ist aber ein gänzlich anderes als das, was von Rot-Rot vertreten wird.

Jutta Matuschek

Herr Esser! Wir wollen mit Ihnen nicht über den Verkauf von 100 000 Wohnungen reden.

[Zuruf von der Linksfraktion: Genau!]

An wen wollen Sie die denn verkaufen? Wie wollen Sie für die denn die Mieterschutzklauseln sichern?

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Aus heutiger Sicht war auch nach unserer Meinung der damalige Verkauf ein Fehler,

[Zurufe von den Grünen]

aber nicht, weil das Geschäft ein so tolles gewesen ist. Heute haben Sie erzählt, das hätte doch das Land Berlin viel besser machen können und wie viele Gewinne jetzt die Finanzinvestoren eingestrichen haben. – Nein! Nicht weil das Geschäft ein gutes war, sagen wir, es war damals ein Fehler, sondern weil das Land Berlin durch die Privatisierung einer großen kommunalen Wohnungsgesellschaft Einfluss auf den Mietmarkt verloren hat.

Präsident Walter Momper:

Frau Kollegin Matuschek! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schruoffeneger?

Jutta Matuschek (Linksfraktion):

Nein, heute nicht!

Präsident Walter Momper:

Dann fahren Sie bitte fort!

Jutta Matuschek (Linksfraktion):

Wir entscheiden heute über den Ergänzungsvertrag mit den jetzigen Eigentümern der GSW, der festlegt, dass die Verpflichtungen der Eigentümer aus dem Privatisierungsvertrag von 2004 auch dann gelten, wenn ihre Anteile an der Börse weiterveräußert werden. Im Klartext geht es um die Sicherung der damaligen Verpflichtungen für den Mieterschutz und anderer Klauseln beim Verschwinden der jetzigen Eigentümer.

[Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion]

Dass daraus ein Zustimmungsfakt wird, ist diesem damaligen Vertrag geschuldet. Da gibt es andere Äußerungen, andere Meinungen, wir sind jedoch der Meinung, das Abgeordnetenhaus soll über diesen Ergänzungsvertrag genauso abstimmen wie damals über den Privatisierungsvertrag. Übrigens waren es die Grünen, die im Vermögensausschuss als erste riefen: Wenn die was von uns wollen, sollen sie dafür bezahlen. – Wir wollten Mieterschutz, Sie wollten eine Einnahme des Landeshaushalts. Es ist der Ehrlichkeit geschuldet, dies auch einmal zu sagen. Jetzt haben wir beides: Wir haben Mieterschutz, und wir haben Einnahmen des Landeshaushalts. Das ist nicht zu unterschätzen.

[Beifall bei der Linksfraktion –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Letztendlich muss man sagen: Durch die Übertragung aller Pflichten aus dem damaligen Privatisierungsvertrag auf die GSW-Aktiengesellschaft hat das Land auch künftig einen Vertragspartner und nicht Hunderte. Im Falle der von den Grünen favorisierten Zerschlagung des Unternehmens in viele Einzelteile und deren Übertragung an verschiedene Eigentümer wäre das nur schwer realisierbar. Übrigens auch für die Kontrolle der vertraglichen Bestandteile hat das Land Berlin einen Vertragspartner und kann mit einem Vertragspartner in Zukunft über die Kontrollmechanismen verhandeln.

Die Fraktion Die Linke hat sich nach reiflicher Überlegung und angesichts der ansonsten gar nicht mehr vorhandenen Möglichkeit der Einflussnahme auf die Geschäftspolitik der GSW-Reste entschlossen, dem Börsengang der jetzigen Eigentümer nicht zu widersprechen und damit dem Ergänzungsvertrag zuzustimmen. Meine Fraktion hält dies angesichts folgender Überlegungen für verantwortlich:

Erstens: Die GSW bleibt im Fall des Börsengangs ein eigenständiges, einheitliches und leistungsfähiges Unternehmen. Selbstverständlich treibt uns auch die Sorge um, dass die künftigen Aktionäre ihre Renditeinteressen durchsetzen werden. Aber die GSW als Vertragspartner wird auch für die Erfüllung dieser vertraglichen Klauseln einzustehen haben. Angesichts der Verkaufsabsichten der jetzigen Eigentümer scheint uns ein geordneter Börsengang akzeptabler als eine – ohne Zustimmung des Landes mögliche – Zerschlagung des Unternehmens.

Präsident Walter Momper:

Würden Sie bitte zum Schluss kommen, Frau Kollegin!

Jutta Matuschek (Linksfraktion):

Ja! Ich bin auch am Schluss meiner Rede. – Wir halten die Zustimmung zu dem Ergänzungsvertrag für verantwortlich. Wir stehen uns nicht aus der Verantwortung für den Privatisierungsvertrag von 2004, wie es beispielsweise die CDU tut, aber wir haben aus dem damaligen Vertrag gelernt, und deswegen haben wir umgesteuert und per Beschluss des Abgeordnetenhauses eine Strategie in der Wohnungswirtschaft umzusetzen begonnen und werden sie fortsetzen, die heißt: keine weiteren Privatisierungen von landeseigenen Wohnungsunternehmen,

[Gelächter bei den Grünen]

Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der vorhandenen kommunalen Wohnungsgesellschaften,

[Zurufe von der CDU]

Durchsetzung einer sozialen Stadtpolitik über das eigentliche Mietgeschäft der Wohnungsgesellschaften hinaus. Das ist eine Wohnungspolitik, die im Interesse des Landes Berlin wie der Mieterinnen und Mieter liegt. – Danke!

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Kollegin! – Für die FDP-Fraktion hat nunmehr der Kollege Meyer das Wort, der Fraktionsvorsitzende. – Bitte schön, Herr Meyer!

Christoph Meyer (FDP):

Danke, Herr Präsident! – Meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion steht zu ihrer Entscheidung aus dem Jahr 2004, die GSW zu verkaufen. Genau deswegen werden wir heute unsere Zustimmung zum Börsengang erteilen.

[Beifall bei der FDP]

Ich halte die Debatte, die heute auch schon im Hauptausschuss geführt wurde, für ein bisschen stark rückwärtsgerichtet. Das gilt zum einen für die Frage, ob man im Jahr 2004 die GSW hätte veräußern sollen, aber sicherlich auch für die Frage, ob der damals erzielte Kaufpreis angemessen war oder nicht. Das kann man im Nachgang immer anders beurteilen, ob aus der Gesellschaft zu viel Geld an die Eigentümer abgeflossen ist. Zum damaligen Zeitpunkt erschien uns dieser Kaufpreis als angemessen. Es wäre besser gewesen, wenn das Land Berlin im Rahmen eines umfassenden Privatisierungskatasters eine Veräußerung vorgenommen hätte, aber so war es in der damaligen Situation die beste Entscheidung.

Auch die Debatte über wohnungspolitische Leitbilder, die heute wieder von allen meinen Vorrednern geführt wurde, ist eine Scheindiskussion, weil sie versucht, den Eindruck zu erwecken, als ob wir heute noch zu entscheiden hätten, ob das Land Berlin in irgendeiner Weise in Bezug auf den GSW-Wohnungsbestand einen Einfluss auf die Eigentümerstellung hätte. Das ist auch genau die Frage, die ich an Herrn Dr. Heide stelle, wenn er feststellt, er wurde noch nie so unter Druck gesetzt wie in den letzten Wochen, was die Zustimmung zum Börsengang angeht. Was ist denn Ihre Konsequenz, wenn Sie mehr Zeit gehabt hätten, wenn Sie ein, zwei, drei, vier Wochen mehr Zeit zur Entscheidung gehabt hätten? Hätten Sie dann Ihre Entscheidung, die Sie danach begründet hätten, vielleicht doch noch einmal relativiert und eine andere, zustimmende Entscheidung getroffen? Deswegen geht die Debatte, die von Ihnen hier angestoßen wurde, fehl.

[Beifall bei der FDP]

Wir erleben aber zunächst erst einmal heute und in den letzten Wochen ein Schlaglicht auf den Zustand dieser Koalition. Da ist zunächst einmal die Zerrissenheit der SPD. Einzelne Abgeordnete haben vor allem die letzte Woche dazu genutzt, sich zu profilieren. Heute erfahren wir aus den Zeitungen, dass Herr Müller die Zustimmung dieser Abgeordneten offensichtlich durch die Bereitstellung von ein paar Millionen Euro in den nächsten Jahren für nicht weiter konkretisierte Sozialprojekte erwirkt hat. Dies ist ein böses Omen. Wir haben in den nächsten Monaten eine Reihe von Entscheidungen im Land Berlin zu treffen, zum Beispiel zum Ausbau der A 100 oder zur Charité. Soll das in den nächsten Monaten so weitergehen, dass einzelne Abgeordnete der SDP sich ihre Zu-

stimmung zu irgendwelchen Fragen in dieser Stadt abkaufen und abverhandeln lassen? So sieht die Regierungsunfähigkeit von Rot-Rot in diesen Tagen aus. Wir müssen befürchten, dass bis zur Wahl Stillstand herrscht. Es ist nicht mehr so wie im letzten Jahr, wo sich vielleicht SPD und Linke in dieser Koalition gegenseitig gehemmt haben, sondern mittlerweile hemmt sich die SPD selbst.

[Beifall bei der FDP und der CDU]

Da ist dann aber auch noch das Verhalten der CDU. Das Zitat von Herrn Kaczmarek aus dem Jahr 2004 möchte ich gern wiederholen:

Nun müssen Sie

– so war damals formuliert –

die Schreckgespenster von schrankenlosen Mieterhöhungen und gnadenlosen Luxussanierungen, die Sie selbst gerufen haben, wieder vertreiben. Menschen auf diese Art Angst zu machen, war ein schäbiger Versuch, sie als politische Manipulationsmasse zu missbrauchen. Solche kurzsichtigen und kaltschnäuzigen Kampagnen lehnen wir ab.

Genau das, meine Damen und Herren von der CDU und von den Grünen, tun Sie zurzeit.

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Der Mieterschutz, gerade das soziale Mietrecht, ist im Bürgerlichen Gesetzbuch verankert. Wenn Sie der Auffassung sind, dass es eines Mehrs an Mieterschutz bedarf, fordere ich Sie auf, entsprechende Initiativen zu starten. Starten Sie eine Bundesratsinitiative, und konkretisieren Sie genau, was Sie an Änderungen im deutschen Mietrecht wollen oder was Sie nicht wollen! Das wäre der bessere Weg, das wäre ehrlich und ein Punkt, über den man diskutieren könnte. Was Sie hier machen, ist populistisch, und deswegen lehnen wir es ab.

[Beifall bei der FDP und der SPD]

Auch die Frage der Miethöhen: Wenn wir uns die Situation ansehen, liegt die durchschnittliche Nettokaltmiete in Berlin bei 4,83 Euro pro Quadratmeter, bei der GSW mit den Finanzinvestoren seit dem Jahr 2004 im Boot bei 4,81 Euro. Das heißt, Sie können mitnichten feststellen, dass wir hier eine Situation haben, dass private Investoren zu exorbitanten Mietkostenexplosionen geführt haben.

Auch der Hinweis in diesem Kontext, dass doch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften bessere Vermieter wären, geht fehl. Herr Nußbaum hat zu Recht neulich darauf hingewiesen, dass auch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften an Renditeerwartungen operieren. Der Mietzins in den städtischen Wohnungsbaugesellschaften ist auf dem gleichen Niveau, und auch deswegen geht die Debatte, was das angeht, fehl.

[Beifall bei der FDP]

Auch die Frage nach der Rechtsform, die Sie hier immer wieder aufwerfen, ist eine sehr verschrobene Debatte, die auch von Ihnen, Herr Esser, sehr verschroben geführt

Christoph Meyer

wird. Wie kommen Sie auf die Idee, dass eine börsennotierte Aktiengesellschaft in ihren Entscheidungen schlechter für die Mieter und das Land ist als zwei Finanzinvestoren? Man hat den Eindruck, dass die Verunglimpfung einer Rechtsform und die Frage, ob börsennotiert oder nicht börsennotiert, das Ziel ist, um gezielt Ängste zu wecken. Dass das von den Linken, von Teilen der Grünen und von der SPD kommt, kann ich ja noch nachvollziehen. Aber dass auch die CDU eine börsennotierte Aktiengesellschaft per se als etwas Schlechtes darstellt, hat uns doch ziemlich verwundert.

[Beifall bei der FDP und der SPD]

Das hat uns vor allem deswegen ziemlich verwundert, weil die Aktiengesellschaft als solche eine der Grundlagen unserer sozialen, einer freien Marktwirtschaft darstellt. Wir fordern Sie auf, Sie sich dieser Grundlagen, gerade Ihrer eigenen Grundlagen in der CDU, zu erinnern.

[Beifall bei der FDP]

Was die Grünen angeht, Herr Müller hat bereits darauf hingewiesen: Wir hatten in der letzten Legislaturperiode die Debatte, dass die Grünen – für uns sehr sympathisch damals – einen Wohnungsbestand von 100 000 bis 150 000 Wohnungen in öffentlicher Hand als Zielgröße diskutiert haben. Das wäre durchaus ein Weg, über den man reden kann. Deswegen ist aber in der Tat die Formulierung und die Ablehnung, wie Sie sie jetzt begründen, nicht nachvollziehbar.

Der zweite Punkt, den ich erwähnen möchte, Herr Esser: Sie haben im Dezember letzten Jahres darauf hingewiesen, dass wir einen Konsolidierungsbedarf von ungefähr 500 Millionen Euro im Jahr haben. Sie haben damals so eine Art Wettbewerb ausgerufen, dass jetzt jeder Ideen äußern solle, wie man dieser Konsolidierungsbetrag einbringen kann. Ich habe in den letzten Monaten von der Grünen-Fraktion nichts gehört, gar nichts. Hier 30 Millionen Euro zu verschenken, kann ich nicht nachvollziehen. Die 30 Millionen Euro sind gut für die Haushaltskonsolidierung in Berlin.

[Beifall bei der FDP]

Was wäre die Konsequenz, wenn heute nicht zugestimmt würde? – Ein Börsengang wäre auch ohne Zustimmung des Abgeordnetenhauses möglich. Das hat sicherlich der Senat durch die Form, wie es hier eingebracht wurde, verunmöglicht. Die andere Alternative wurde auch schon dargelegt, dass die Eigentümer einen Teil an die Börse bringen und den Rest anderweitig veräußern und dafür dann die vereinbarte Vertragsstrafe von 32 Millionen Euro riskieren. Die dritte Alternative wäre, dass in den nächsten vier Jahren gar nichts passiert: Stillstand bei der GSW, das Land bekommt nichts, kein Eigenkapitalzufluss, nichts läuft in die Gesellschaft. Wenn man sich diese Handlungsspielräume ansieht, kann man nur dazu kommen, dass die Zustimmung zum Börsengang der einzig richtige Weg ist, wenn man das Wohl des Landes Berlin im Auge hat. Deswegen werden wir zustimmen.

[Beifall bei der FDP]

Wir sind aber auch der Meinung – und Herr Nußbaum hat das heute leider noch einmal bestätigt –, dass wir uns schon hier im Zuge des Vermögensgeschäfts darüber Gedanken machen müssen, was mit dem Geld passiert. Es ist richtig, wenn Herr Nußbaum darauf hinweist, dass letztlich der Haushaltsgesetzgeber entscheiden soll, was mit dem Geld passiert. Aber wir würden uns von Herrn Nußbaum und vom Senat schon wünschen, dass er ein paar deutliche Worte dazu findet, was er möchte.

Wir müssen befürchten – Herr Müller hat es eben noch einmal angesprochen –, dass die Einmaleinnahmen für eine Reihe von Projekten verfrüht werden, die in den nächsten Jahren vermutlich sogar über den Vermögenserlös hinausgehen. Das wollen wir verhindern, deswegen legen wir Ihnen heute einen Entschließungsantrag vor, in dem wir ganz klar fordern, dass der Erlös, den das Land Berlin durch dieses Geschäft erzielt, in die Reduzierung der Nettokreditaufnahme fließt. Das ist der richtige Weg. Die Reduzierung der Nettokreditaufnahme durch Vermögensaktivierung ist sicherlich nicht das Allheilmittel, aber es ist ein Baustein dazu, dass man in den nächsten Jahren zu einem ausgeglichenen Haushalt kommt. Deswegen bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. – Ich danke Ihnen!

[Beifall bei der FDP]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Kollege Meyer! – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Zur Vorlage Drucksache 16/3118 empfiehlt der Hauptausschuss mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, Linksfraktion und FDP gegen CDU und Grüne die Annahme des Vermögensgeschäfts Nr. 9/2010. Inhaltlich wird dabei nicht von der Vorlage abgewichen, sondern es wird lediglich richtiggestellt, dass der Ergänzungsvertrag allen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses vorgelegt worden ist und nicht nur den Mitgliedern des Unterausschusses „Vermögensverwaltung“ des Hauptausschusses.

Zu dieser Beschlussfassung ist jetzt die namentliche Abstimmung beantragt worden. Ich bitte den Saaldienst, die vorgesehenen Tische an den Seiten wie immer aufzustellen. Ich bitte die Beisitzerinnen und Beisitzer nach vorne. Eine namentliche Abstimmung ist mit Namensaufruf entsprechend § 71 Abs. 2 der Geschäftsordnung durchzuführen. Ich bitte ein Mitglied des Präsidiums, die Namen aufzurufen.

Meine Damen und Herren! Die Stimmkarten werden Ihnen durch Präsidiumsmitglieder ausgegeben. Ich weise darauf hin, dass die tatsächliche Stimmgabe erst nach Namensaufruf möglich ist. Zuvor werden die Urnenschlitze durch Präsidiumsmitglieder mit Umschlägen abgedeckt. Nur so ist ein reibungsloser und geordneter Wahlgang möglich. Sie finden Urnen vor, die eindeutig gekennzeichnet sind, eine Urne für die Ja-Stimmen, eine Urne für die Nein-Stimmen, eine Urne für die Enthalt-

Präsident Walter Momper

tungen sowie für die nicht benötigten restlichen Karten und Umschläge.

Ich eröffne also die Abstimmung über die genannte Vorlage unter Berücksichtigung der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses und bitte Frau Kollegin Grosse, mit dem Namensaufruf zu beginnen. – Bitte schön, Frau Grosse!

[Aufruf der Namen und Abgabe der Stimmkarten]

Darf ich mal fragen, wer seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Haben die Beisitzer abgegeben? – Also alle hatten Gelegenheit, die Stimme abzugeben. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte auszuzählen. Die Sitzung ist unterbrochen bis zum Ende der Auszählung.

[Auszählung]

Meine Damen und Herren! Es geht weiter. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Thema „Börsengang GSW“ Drucksache 16/3118 lautet: 146 abgegebene Stimmen, 88 Ja-Stimmen, 58 Nein-Stimmen, keine Enthaltungen. – Damit ist die Vorlage Drucksache 16/3118 unter Berücksichtigung der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses Drucksache 16/3142 angenommen.

Zum Entschließungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/3143 ist die sofortige Abstimmung beantragt worden. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das ist die FDP. Danke schön! Gegenstimmen? – Das sind alle anderen Fraktionen. Letzteres war die Mehrheit. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende unserer heutigen Tagesordnung. Die nächste, die 63. Sitzung findet am Donnerstag, dem 22. April 2010 um 13.00 Uhr statt. – Die Sitzung ist geschlossen.

[Schluss der Sitzung: 17.40 Uhr]

Anlage 1

Namentliche Abstimmung

**Zustimmung des Landes zu einem Börsengang der GSW Immobilien GmbH
gemäß § 38 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses
(Nr. 9/2010 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte)**

**Beschlussempfehlung Haupt Drucksache 16/3118
Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 16/3118**

Fraktion der SPD

Arndt, Dr. Michael	ja
Buchholz, Daniel	ja
Engert, Susann	ja
Felgentreu, Dr. Fritz	ja
Flesch, Kirsten	ja
Fugmann-Heesing, Dr. Annette	ja
Gaebler, Christian	ja
Grosse, Burgunde	ja
Harant, Renate	ja
Haußdörfer, Ellen	ja
Hertel, Anja-Beate	ja
Hildebrandt, Petra	ja
Hilse, Torsten	ja
Isenberg, Thomas	ja
Jahnke, Frank	ja
Jauch, Andy	ja
Kitschun, Dr. Susanne	ja
Kleineidam, Thomas	ja
Köhler, Dr. Andreas	ja
Kohlmeier, Sven	ja
Kolat, Dilek	ja
Krug, Günther	ja
Kugler, Andreas	ja
Lange, Brigitte	ja
Leder, Jutta	ja
Lehmann, Rainer-Michael	ja
Momper, Walter	ja
Monteiro, Birgit	ja
Müller, Christa	ja
Müller, Michael	ja
Neumann, Ulrike	ja
Nolte, Karlheinz	ja
Oberg, Lars	ja
Öney, Bilkay	ja
Ollech, Liane	ja
Pauzenberger, Markus	ja
Radziwill, Ülker	ja
Saleh, Raed	ja
Schaddach, Robert	ja
Scheeres, Sandra	ja
Schneider, Torsten	ja
Schreiber, Tom	ja
Seidel-Kalmutzki, Karin	ja
Stroedter, Jörg	ja
Tesch, Dr. Felicitas	ja
Thärichen, Dr. Holger	ja

Treichel, Peter	ja
Wechselberg, Carl	ja
Wieland, Ralf	ja
Winde, Stefanie	ja
Wildenhein-Lauterbach, Bruni	ja
Wowereit, Klaus	ja
Zackenfels, Stefan	ja
Zimmermann, Frank	ja

Fraktion der CDU

Braun, Michael	nein
Brauner, Matthias	nein
Bung, Stefanie	nein
Czaja, Mario	nein
Demirbüken-Wegner, Emine	nein
Dietmann, Michael	nein
Friederici, Oliver	nein
Goetze, Uwe	nein
Görsch, Margit	nein
Goiny, Christian	nein
Graf, Florian	nein
Gram, Andreas	nein
Heide, Dr. Manuel	nein
Henkel, Frank	nein
Hoffmann, Gregor	nein
Juhnke, Dr. Robbin	nein
Körber, Scott	nein
Kroll, Marion	nein
Lehmann-Brauns, Dr. Uwe	nein
Luchterhand, Joachim	nein
Luther, Dr. Peter	nein
Melzer, Heiko	nein
Pflüger, Dr. Friedbert	nein
Rissmann, Sven	nein
Scholz, Olivier	nein
Schwenkow, Peter	nein
Seibeld, Cornelia	nein
Stadtkewitz, René	nein
Statzkowski, Andreas	nein
Steuer, Sascha	nein
Thamm, Monika	nein
Trapp, Peter	nein
Wansner, Kurt	nein
Dr. Wegner, Michael	nein
Wilke, Carsten	nein
Zimmer, Nicolas	nein

Linksfraktion

Albers, Dr. Wolfgang	ja
Baba-Sommer, Evrim	ja
Barth, Dr. Margrit	ja
Brauer, Wolfgang	ja
Breitenbach, Elke	ja
Doering, Uwe	ja
Dott, Minka	ja
Flierl, Dr. Thomas	ja
Hiller, Dr. Gabriele	ja
Holzheuer-Rothensteiner, Bärbel	ja
Karci, Kadriye	ja
Klemm, Gernot	ja
Lederer, Dr. Klaus	-
Matuschek, Jutta	ja
Michels, Martina	ja
Platta, Marion	ja
Sayan, Giyasettin	ja
Seelig, Marion	ja
Weiß, Mari	ja
Wolf, Udo	ja
Zillich, Steffen	ja
Zotl, Dr. Peter-Rudolf	ja

Fraktion der Grünen

Bayram, Canan	nein
Behrendt, Dirk	nein
Birk, Thomas	nein
Eichstädt-Bohlig, Franziska	nein
Esser, Joachim	nein
Hämmerling, Claudia	nein
Herrmann, Clara	nein
Jantzen, Elfi	nein
Kofbinger, Anja	nein
Kosche, Heidi	nein
Kubala, Felicitas	nein
Lux, Benedikt	nein
Mutlu, Özcan	-
Otto, Andreas	nein
Pop, Ramona	nein
Ratzmann, Volker	nein
Schäfer, Michael	nein
Schillhaneck, Anja	nein
Schneider, Astrid	nein
Schruoffeneger, Oliver	nein
Ströver, Alice	nein
Villbrandt, Jasenka	nein
Ziller, Stefan	nein

Fraktion der FDP

Czaja, Sebastian	ja
Dragowski, Mirco	ja
Gersch, Kai	ja
Jotzo, Björn	ja
Kluckert, Dr. Sebastian	ja
Lüdeke von, Klaus-Peter	ja
Meyer, Christoph	ja
Schmidt, Henner	ja
Senftleben, Mieke	-
von Stieglitz, Sylvia	ja
Thiel, Volker	ja
Weingartner, Albert	ja

Fraktionslose Abgeordnete

Hillenberg, Ralf	ja
Ueckert, Rainer	ja

Anlage 2

Beschlüsse des Abgeordnetenhauses

Zustimmung des Landes zu einem Börsengang der GSW Immobilien GmbH gemäß § 38 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses (Nr. 9/2010 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte)

Das Abgeordnetenhaus von Berlin stimmt einem Börsengang der GSW mit einem Veräußerungsanteil von über 50 Prozent zu den Bedingungen des den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses vorgelegten Ergänzungsvertrages zu.